

Südkorea erlebt turbulente politische Umbrüche - was kommt als Nächstes?

Nach unvorhergesehenen politischen Turbulenzen in Südkorea, einschließlich der Erklärung des Kriegsrechts, steht die Zukunft von Präsident Yoon Suk Yeol und dem Land auf der Kippe. Was kommt als Nächstes?



Seoul, Südkorea – Südkorea steckt derzeit in einer tiefen politischen Krise, nachdem der umstrittene Präsident Yoon Suk Yeol martialisches Recht verkündet, aber nach massiver öffentlicher Kritik wieder zurückgenommen hat. Diese Ereignisse haben das politische Klima im Land ins Chaos gestürzt und viele Fragen zur Zukunft der Regierung aufgeworfen.

Die Ausgangslage

Der Vorfall begann am Dienstagabend, als die meisten Südkoreaner sich auf die Nachtruhe vorbereiteten. Yoon

kündigte abrupt um 22:30 Uhr an, martialisches Recht einzuführen, und beschuldigte die größte Oppositionspartei, mit Nordkorea zu sympathisieren und „antistaatliche“ Aktivitäten zu fördern. Dies kam als Reaktion auf einen Antrag der oppositionellen Demokratischen Partei, die eine Mehrheit im Parlament hat, um hochrangige Staatsanwälte zu entmachten und einen Haushaltsvorschlag der Regierung abzulehnen.

Was bedeutet martialisches Recht?

Martialisches Recht bedeutet, dass das Militär in Notfällen vorübergehend die Kontrolle übernehmen kann. Präsident Yoon hat das verfassungsmäßige Recht, dies zu erklären. Allerdings war die Ankündigung ein Schock für die demokratische Nation und führte zu einem politischen Showdown in der Nacht. Aufgrund der starken Tradition der freien Meinungsäußerung in Südkorea verbot Yoons Dekret alle politischen Aktivitäten, einschließlich Protesten, Versammlungen und Handlungen von politischen Parteien, so die Nachrichtenagentur Yonhap.

Politische Gegenreaktionen

Die Gesetzgeber gelangten mit Nachdruck ins Parlament und überwandene militärische Absperrungen. In einer außergewöhnlichen nächtlichen Notfallsitzung wurde einstimmig beschlossen, das Dekret abzulehnen. Selbst Mitglieder von Yoons eigener Partei, dessen Parteichef sich beim Volk entschuldigte, schlossen sich der Opposition an. Um 4:30 Uhr morgens gab Yoon bekannt, dass er das martialische Recht aufhebt, und zog die zuvor eingesetzten Truppen ab.

Politische Lähmung in Südkorea

Südkorea erlebt seit Monaten eine politische Stagnation. Die liberale Oppositionspartei erlangte im April die Mehrheit im Parlament, was weithin als Referendum über Yoon angesehen wurde, dessen Beliebtheit aufgrund mehrerer Skandale und

Kontroversen seit seiner Amtsübernahme 2022 stark gesunken ist. Das Fehlen von legislativen Fortschritten bei wichtigen politischen Themen, einschließlich Steuererleichterungen und der Deregulierung der Wirtschaft, hat die politische Klarheit im Land erheblich beeinträchtigt. Yoon findet sich zunehmend frustriert über die Bemühungen der Opposition, Regierungsmitglieder zu entlassen, darunter auch einige seiner eigenen Ernennungen.

Öffentliche Reaktionen

Nach der Ankündigung von martialischem Recht erlebte das Land eine Welle der Empörung, des Schocks und der Verwirrung. In der Hauptstadt Seoul strömten die Bürger in der Nacht zusammen, um sich mit Familienmitgliedern zu vereinen. Viele Protestierende forderten Yoons Amtsenthebung und trugen Schilder und Fahnen. Zu den Auseinandersetzungen zwischen Abgeordneten und den Behörden kam es vor dem Parlamentsgebäude, als Soldaten versuchten, in den Hauptsaal einzudringen.

Auswirkungen auf die US-Südkorea-Beziehungen

Die USA äußerten „ernsthafte Sorgen“ über die Erklärung martialischen Rechts und zeigten Erleichterung, als Yoon das Dekret aufhob. Demokratie ist ein zentraler Bestandteil der US-südkoreanischen Allianz, die auf einem jahrzehntelangen Verteidigungsvertrag basiert. In Südkorea sind viele US-Militärstandorte stationiert, darunter das Camp Humphreys, die größte amerikanische Militärbasis außerhalb der USA.

Die Zukunft der Südkoreanischen Politik

Die Zukunft der Regierung bleibt ungewiss. Yoons Stabschef und mehr als zehn hochrangige Berater haben ihre Rücktrittsgesuche eingereicht. Die Hauptoppositionspartei

kündigte an, Impeachment-Verfahren einzuleiten, sollte Yoon nicht sofort zurücktreten. Auch innerhalb von Yoons eigener Partei wird die Forderung laut, den Verteidigungsminister zu entlassen, der martialisches Recht empfohlen hat. Die größte Gewerkschaft des Landes hat ebenfalls einen unbefristeten allgemeinen Streik bis zu Yoons Rücktritt ausgerufen.

Bis Mittwochmorgen war die Polizei stark im Parlament präsent, während Yoon ein angesetztes öffentliches Meeting abzusagen hatte. Dies ist nicht das erste Mal, dass er mit einem Amtsenthebungsverfahren konfrontiert ist, da bereits zahlreiche Proteste und eine Petition, die Hunderttausende Unterschriften erhielt, seine Rücktrittsforderung untermauern.

Details

Quellen

• edition.cnn.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at